

# Europa braucht Vollbeschäftigung

## 3. Teil einer dreiteiligen Serie zur Osterweiterung der EU

von

Heiner Flassbeck

WuM, Mai 2004

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. Am 1. Mai 2004 wurde die historische Bedeutung der Osterweiterung der EU von den Politikern angemessen zelebriert, ohne dass sie jedoch den engen Zusammenhang zwischen dem Erfolg der Erweiterung und der Rolle der Arbeit gewürdigt hätten. Das wird sich als ein schwerwiegender Fehler erweisen. Was diesem Europa, dem alten und dem neuen, nämlich vor allem fehlt, ist genügend Arbeit. Nicht dass es in einer Welt, in der noch so vieles im Argen liegt, nicht genug zu tun gäbe, nein, Europa mangelt es an Arbeit, weil der Staat oder besser die Wirtschaftspolitik seit Jahrzehnten nicht in die Lage ist, das große wirtschaftliche Potential, das die Region hat, angemessen zu nutzen.

Ein Blick auf die Arbeitslosenquoten der alten und der neuen Mitglieder im internationalen Vergleich offenbart die Dimension des Problems (Abbildung). Während in den USA die Arbeitslosenquote während der 90er Jahre deutlich gesunken ist und am Ende des langen Aufschwungs im Jahre 2000 nur noch bei 4 % lag, konnte die EU die Arbeitslosigkeit nur geringfügig drücken. Sie sank im Europa der 15 jedoch nicht unter 8 % und selbst der kleine Rückgang ist zu einem erheblichen Teil Großbritannien zuzuschreiben, dessen Politik keineswegs als typisch für Europa gelten kann.

Die zehn Beitrittsländer, obschon eigentlich typische Kandidaten für rasches Aufholen und eine boomende Entwicklung, haben die Früchte der Liberalisierung am Arbeitsmarkt noch nicht einfahren können. Seit 1998 steigt dort die Arbeitslosigkeit kräftig an und die Quote hat im Durchschnitt der Länder inzwischen fast 15 % erreicht. In Polen, dem größten Beitrittsland, lag die Arbeitslosenquote 2003 bei nahezu 20 % und ist im Verlaufe der neunziger Jahre deutlich gestiegen. In den meisten anderen Ländern ist es zwar etwas besser, doch lediglich Ungarn und Slowenien weisen eine erheblich niedrigere Quote und eine günstigere Entwicklung zugleich auf.

Das zeigt, nicht die jetzt erfolgte Vereinigung, über die so viel diskutiert wird, ist das Problem, sondern die mangelnde Dynamik seit 1990 trotz der Öffnung aller Märkte. Weil die Länder seit der Wende schon weitgehend offen sind, ändert sich mit dem formalen Beitritt zu EU im wirtschaftlichen Austausch unmittelbar nur wenig. Problematisch wird diese Vereinigung von relativ armen mit relativ reichen Ländern aber, wenn auch in den nächsten Jahren die Stagnation anhält, die Arbeitslosigkeit weiter steigt und sich der Kampf der Staaten und der Regionen um die attraktivsten Bedingungen für Unternehmen und knappe Arbeitsplätze fortsetzt.

Die ersten Runden dieses Kampfes erleben wir gerade in Form von wilden Anschuldigen von Politikern gegen Unternehmen. Dass den „vaterlandslosen Gesellen“, wie abwanderungswillige Unternehmer von der Politik vorschnell tituliert werden, vorgeworfen wird, mit ihren Standortentscheidungen gegen die Moral zu verstoßen, ist nur ein leichter Vorgeschmack darauf, was los sein wird, wenn im Inland immer mehr Arbeitsplätze

verschwinden und auch weiterhin Arbeitsplätze in Länder verlagert werden, denen gleichzeitig der deutsche Steuerzahler mit massiven europäischen Transfers unter die Arme greift.

Schon bisher hat der Missbrauch des Transfersystems in bestimmten Fällen, Irland und Spanien sind die klarsten Beispiele, zu Recht zu erheblichen Verstimmungen innerhalb Europas geführt. Das ist aber nichts gegen den Fall, dass ein sehr großes und armes Land wie Polen Anrecht auf eine Unterstützung durch die anderen hat, gleichzeitig aber mit einem enormen Arbeitskräftepotential, niedrigen Löhnen und niedrigen Steuern Betriebe aus den reicheren Ländern anlockt, obwohl auch dort hohe und steigende Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist.

Da mögen dann die Analytiker zeigen, dass die polnische Wirtschaft so schwach ist, dass sie im gesamten Handel mit Deutschland keine Chance hat und riesige Handelsdefizite verzeichnet, deren Korrelat immer ein Arbeitsplatzgewinn hier und ein Kapitalexport ist. Da mögen die europäisch gesinnten Politiker darauf verweisen, dass der Export von Arbeitsplätzen besser ist als der Import von Arbeitskräften. Da mögen die europäischen Institutionen klar machen, dass das langfristig im Interesse aller Beteiligten ist, das wird alles nichts helfen. Die Konstellation von Transfers auf der einen Seite und Arbeitsplatzverlusten zugunsten des Transferempfängers auf der anderen Seite hat sich schon im Falle der deutschen Einigung als politischer Sprengsatz ohnegleichen erwiesen, obwohl er hier mit der schnellen und weitgehenden Angleichung der Löhne des Transferempfängers endete.

Stellen wir uns aber einmal die Konstellation mit Polen vor. Polen liegt heute bei 20 % des deutschen Wohlstandsniveaus. Sollte Polen von nun an - auch mit Hilfe der europäischen Transfers in Form von Geld und Arbeitsplätzen - jährlich um vier Prozent wachsen und Deutschland um zwei Prozent, dann würde Polen erst 2050 bei der Hälfte des deutschen Niveaus sein und wäre trotz des jahrzehntelangen Wachstums noch immer als Standort für deutsche Unternehmen attraktiv. Das heißt, über all die Jahrzehnte müsste Deutschland bezahlen, ohne dass ein Ende der Abwanderung von Arbeitsplätzen mit ihrer fatalen Wirkung auf die Öffentlichkeit absehbar wäre. Würde Deutschland gar nicht wachsen, wäre zwar die Annäherung schneller zu schaffen, die negative Wirkung der Abwanderung aber wäre ungleich größer.

Wohl gemerkt, ich glaube objektiv nicht, dass die bisher zu beobachtende „Abwanderung“ von Jobs per Saldo eine wirkliche Gefahr für den deutschen Arbeitsmarkt ist, weil man dagegen rechnen muss, was im gesamten Handel mit Gütern mit den Niedriglohnländern gewonnen wurde. Das Problem ist aber die Rezeption des Faktums der Abwanderung durch die Politik und breite Schichten der Bevölkerung. Schaffen Deutschland und das alte Europa die Wende bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im Inland nicht, droht eine Politisierung des Prozesses der Angleichung der Lebensbedingungen in Europa, die Ihresgleichen sucht.

Wie bei der deutschen Vereinigung gibt es eine Lösung dieser Probleme nur durch die Flucht nach vorne. Europa muss auf Teufel komm raus Wachstum generieren und Jobs schaffen. Kein Hahne kräht einem nach Polen abgewanderten Arbeitsplatz nach, wenn Vollbeschäftigung zu Hause herrscht, wenn jeder, der von einem polnischen Arbeiter „verdrängt“ wird, schnell und ohne soziale Spannungen einen neuen Arbeitsplatz findet. Auf der anderen Seite gilt auch: Kaum jemand wird aus Polen abwandern wollen, wenn er zu Hause gute Aussichten auf Jobs und hohe Einkommenszuwächse hat.

Doch wehe, wenn das nicht der Fall ist. Würde ich glauben, dass die Auguren der „räuberischen Globalisierung“ richtig liegen, die Deutschland bedroht sehen von Niedriglohnkonkurrenten, die nichts im Sinne haben als den deutschen Wohlfahrtsstaat und alle sonstigen lieb gewordenen Gewohnheiten zu zerstören, die Deutschland Jahrzehnte des Niedergangs vorhersagen, ich würde hier eine Kampfschrift gegen die Osterweiterung schreiben. Wenn solche Untergangs- und Deflationsszenarien auch nur im Ansatz richtig wären, müsste man dringend von der Erweiterung abraten. Bleibt es auch nur bei Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit in den Jahren nach der Erweiterung, muss man erwarten, dass in vielen großen und reichen Ländern politische Bewegungen massiven Zulauf haben, die den Ausstieg aus dem Prozess der Globalisierung, der Europäisierung und eine Renationalisierung der Wirtschaft auf ihre Fahnen schreiben.

Gerade die letzten Wahlen in Deutschland und Frankreich haben in selten zuvor gesehener Klarheit gezeigt, dass die Wähler Alternativen zur Unfähigkeit von Regierungen erwarten, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Wer immer Patentrezepte verspricht, wird gewählt und wer immer als Regierender versagt, wird brutal abgestraft. Stellen wir uns einmal vor, dieses Versagen der nationalen Regierungen der großen Länder in Europa sei ein Problem des Systems Europa so wie es heute existiert. Will heißen, dass vielleicht weniger die Regierungen versagen als die Rahmenbedingungen, unter denen Europas Regierungen handeln. Konkret: Die europäische Notenbank erstickt jeden Versuch, durch Wachstum dem Beschäftigungsproblem beizukommen mit ihrer Inflationsangst und drängt die Regierungen zu „Reformen“ in Richtung Deflation und Rezession. Der Stabilitätspakt verhindert, dass der Staat pragmatische Expansionspolitik betreibt, um aus wirtschaftlichen Schwächephasen zu entkommen. Die panische Angst vor der Globalisierung schließlich lässt Regierungen und Tarifpartner immer hektischer auf die Kostenbremse treten, obwohl das via sinkende Nachfrage am Ende die gesamte Wirtschaft in den Abgrund reißt.

Das Ergebnis ist tragisch und bitter. Eine für sich genommen vernünftige Entwicklung wie die Osterweiterung wird von falschen Weichstellungen in anderen Bereichen, die nichts mit der Erweiterung zu tun haben, torpediert und das ganze Schiff wird womöglich zum Kentern gebracht. Es ist aber eine weitgehende Parallele zur deutschen Vereinigung. Hätten die verantwortlichen Politiker und Beamten nach 1990 verstanden, dass sich der Entschluss zur schnellen Vereinigung nachträglich nur dadurch tragbar machen lässt, dass man eine kompromisslose Wachstumspolitik fährt, hätten sie im Bereich der allgemeinen Wirtschaftspolitik anders handeln müssen. Stattdessen haben aber die gleichen Leute, die die Weichen für die schnelle Angleichung der Lebensbedingungen setzen wollten, hinterher mit ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen alles zerschlagen.

In Europa droht das Gleiche und sogar Schlimmeres. Weil es hier nicht um eine volle politische Vereinigung geht, sondern zunächst nur um einen Zweckzweckszusammenschluss, ist das Nichterreichen des Zweckes tödlich für den Zusammenschluss. Bisher konnte einiges an politischem und wirtschaftlichem Versagen in Europa kaschiert werden durch die Aussicht auf eine helle Zukunft, durch die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Durchbruch, wenn nur genug Länder mit genug Wachstumspotential in der EU vereint sind. Diese Hoffnung wird nicht mehr lange tragen. Europa wird in nicht allzu ferner Zukunft den Punkt erreichen, wo es entscheiden muss, ob es lieber einige alte und unsinnige Dogmen über Bord wirft oder das Risiko eingeht, bei neuen und alten Mitgliedern gleichermaßen als Hoffnungsträger ausgedient zu haben.